

Positionen der Diakonie Deutschland zur Bundestagswahl 2017

Gerechte Teilhabe verwirklichen

Diakonie für Menschen	

Vorwort

Die Diakonie Deutschland setzt sich für politische Weichenstellungen ein, die soziale Teilhabe und das soziale und kulturelle Existenzminimum für alle Menschen sichern – unabhängig davon, wo oder wie lange sie in Deutschland leben, unabhängig davon, wie alt sie sind, welche Hautfarbe, Herkunft, Religion, welches Geschlecht oder sexuelle Orientierung sie haben, ob sie krank oder behindert sind. Nach christlichem Verständnis gilt es, Armut und Ausgrenzung zu überwinden und Menschen darin zu unterstützen, ihre individuellen Fähigkeiten zu entwickeln. Gesetzliche Regelungen müssen in allen Politikfeldern so gestaltet sein, dass sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt befördern und Selbstbestimmung und Teilhabe ermöglichen.



Ulrich Lilie
Präsident



Maria Loheide
Vorstand Sozialpolitik



Dr. Jörg Kruttschnitt
Vorstand Finanzen, Personal,
Organisation, Recht
und Wirtschaft

Forderungen der Diakonie Deutschland an den 19. Deutschen Bundestag

Arbeitslose fördern

Langzeitarbeitslosigkeit ist eines der größten Armutsrisiken. Langzeitarbeitslose profitieren kaum von der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt.

Die nächste Bundesregierung sollte

- öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nachhaltig ausbauen.
- Qualifizierung und begleitende Unterstützung speziell für benachteiligte Personengruppen verstärkt fördern und dafür zusätzliche Mittel bereitstellen.

Existenz sichern

Über 6 Millionen Menschen erhalten die staatliche Grundsicherung für Arbeitssuchende und ihre Angehörigen („Hartz IV“), 44 Prozent davon bereits seit vier Jahren oder länger. Die Regelsätze in der Grundsicherung sind zu niedrig und sichern das soziokulturelle Existenzminimum nicht. Die Regelsatzhöhe bemisst sich an den ärmsten Haushalten.

Die nächste Bundesregierung sollte

- Regelsätze grundlegend neu ermitteln, sachgemäß und transparent.
- Regelsätze so erhöhen, dass sie über eine Grundversorgung hinaus ein Mindestmaß an sozialer Teilhabe sicherstellen.

- Sanktionen abschaffen, die dazu führen, dass das Existenzminimum nicht mehr gewährleistet wird, vor allem die verschärften Sanktionen für junge Menschen bis zum 25. Lebensjahr.
- soziale Teilhabe als Ziel im SGB II verankern.

Ausreichende Einkommen sicherstellen

Prekäre Beschäftigung nimmt zu, der Verdienst sichert bei immer mehr Erwerbstätigen nicht das tägliche Auskommen. Viele sind zusätzlich auf staatliche Unterstützung angewiesen.

Die nächste Bundesregierung sollte

- den gesetzlichen Mindestlohn so erhöhen, dass Vollzeitbeschäftigte von ihrem Erwerbseinkommen leben und gesellschaftlich teilhaben können, unabhängig von ergänzenden staatlichen Leistungen.
- Zugänge zu existenzsichernder Arbeit schaffen, indem passgenaue Hilfen der Jugendberufshilfe und Qualifizierung ausgebaut werden, um Menschen mit geringer Qualifikation auf ihrem Weg zu einem Berufsabschluss zu unterstützen.

Chancengerechtigkeit für Kinder schaffen

Rund 3 Millionen Kinder sind von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Armut schränkt die Bildungschancen dieser Kinder und ihre gesundheitliche Entwicklung ein, sowie ihre kulturellen und sozialen Beteiligungsmöglichkeiten. Die wirtschaftliche Situation der Eltern entscheidet in Deutschland nach wie vor in hohem Maße über Bildungswege und Schulerfolg.

Die nächste Bundesregierung sollte

- Armut von Kindern und Jugendlichen wirksam bekämpfen.
- das soziokulturelle Existenzminimum von Kindern realistisch ermitteln und sicherstellen.
- die Bevorzugung Besserverdienender in der Familienförderung beenden.
- bedarfsgerechte Hilfen gewährleisten und ein einheitliches Modell des Existenzminimums als soziale Mindestsicherung für alle Kinder schaffen.

Alleinerziehende nicht allein lassen

Alleinerziehende – zu 90 Prozent Frauen – haben ein überproportionales Armutsrisiko. Ein Drittel der Alleinerziehenden ist von Armut betroffen.

Die nächste Bundesregierung sollte

- die steuerliche Entlastung für Alleinerziehende erhöhen und dynamisieren.
- Hilfen für Alleinerziehende eigenständig organisieren, nicht nur als Teil der Grundversicherung.

Armut wissenschaftlich untersuchen

Die Benennung und Erforschung von Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung sind Voraussetzung für deren Bekämpfung. Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung beschreibt strukturelle gesellschaftliche Probleme, die zur Verfestigung von Armutslagen führen, benennt aber zu wenige konkrete Schritte zur Armutsbekämpfung.

Die nächste Bundesregierung sollte

- einen unabhängigen Sachverständigenrat aus Betroffenen, Sozialpartnern, Wissenschaft und Verbänden beauftragen, die Armutsentwicklung zu begutachten und der Bundesregierung sozialpolitische Empfehlungen zu geben.

Wohnen für alle ermöglichen

Wohnen ist ein Menschenrecht und gehört zum Existenzminimum. Trotzdem leben in Deutschland fast 40.000 Menschen ohne Unterkunft auf der Straße. Immer mehr Menschen sind vom Verlust ihrer Wohnung unmittelbar bedroht. Es fehlen bezahlbare Wohnungen für wohnungslose Menschen, für einkommensarme Haushalte, für Geflüchtete und EU-Zuwanderer. Nebenkosten, vor allem Energiekosten, sind oft so hoch, dass sie wie eine zweite Miete wirken. In der Folge entstehen nicht selten Energieschulden.

Die nächste Bundesregierung sollte

- den sozialen Wohnungsbau stärker fördern.
- existenzsichernde Leistungen, einschließlich Wohnen, bedarfsdeckend ausgestalten.
- Zwangsräumungen gesetzlich ausschließen, wenn kein Ersatzwohnraum zur Verfügung steht.
- gesetzliche Vorgaben zur Ermittlung von örtlichen Mietobergrenzen so gestalten, dass einkommensarme Menschen eine realistische Chance auf Anmietung und Erhalt einer Wohnung haben.

Flüchtlinge ausreichend versorgen

Asylsuchende und geduldete Personen erhalten lediglich reduzierte Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Ihnen steht weniger Geld für den Lebensunterhalt zur Verfügung. Ihre gesundheitliche Versorgung ist im wesentlichen beschränkt auf die Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzen.

Die nächste Bundesregierung sollte

- das Asylbewerberleistungsgesetz als diskriminierendes Sondergesetz abschaffen.
- das physische und soziokulturelle Existenzminimum für alle in Deutschland lebenden Menschen gewährleisten.
- Asylsuchenden und geduldeten Personen die medizinisch notwendigen Leistungen wie gesetzlich Krankenversicherten gewähren.
- die Versorgung besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge entsprechend ihrem Schutzbedarf zum Beispiel aufgrund ihres Alters oder Gesundheitszustandes gewährleisten.

Allen Schutzsuchenden Integration von Anfang an ermöglichen

Integrationsangebote richten sich während des Asylverfahrens nach der sogenannten Bleibeperspektive aufgrund der Nationalität. Insbesondere Flüchtlinge aus sogenannten sicheren Herkunftsländern sind auf Dauer in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht und von sozialer Teilhabe nahezu vollständig ausgeschlossen. Die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften ist grundsätzlich nicht geeignet, soziale Teilhabe sicherzustellen.

Die nächste Bundesregierung sollte

- Integration von Anfang an ermöglichen.
- Angebote der sozialen Teilhabe und Eingliederung wie Sprach-, Ausbildungs- und Arbeitsförderung in ausreichendem Umfang und für alle Asylsuchenden während des Verfahrens zur Verfügung stellen.
- die Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen auf drei Monate begrenzen.
- adäquate Gesundheitsversorgung, psychosoziale Betreuung und den Zugang zu Rechtsberatung auch in Erstaufnahmeeinrichtungen sicherstellen.

Familien das Zusammenleben ermöglichen

Flüchtlingen, denen nur der subsidiäre Schutzstatus zuerkannt wurde, wird das Zusammenleben mit ihrer Familie jedoch seit 2016 gesetzlich verwehrt. Dabei ist die Einheit der Familie eine wichtige Voraussetzung für Teilhabe und Integration.

Die nächste Bundesregierung sollte

- die zunächst auf zwei Jahre befristete Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten abschaffen und mindestens 2018 nicht verlängern.

Arbeitssuchende aus der EU und Menschen ohne Aufenthaltspapiere unterstützen

Zuwandernde aus der Europäischen Union sind als Arbeitssuchende – wie ihre Familien – für fünf Jahre von Grundsicherungsleistungen ausgeschlossen. Der Leistungsausschluss hat erhebliche negative Konsequenzen für diese Menschen wie für die deutsche Gesellschaft. Die existentielle Notlage der Betroffenen kann in Arbeitsverhältnisse münden, die bisweilen in schwere Formen von Arbeitsausbeutung bis hin zu Menschenhandel eskalieren. Dies gilt in ähnlicher Weise für Menschen ohne Aufenthaltspapiere aus Drittstaaten.

Die nächste Bundesregierung sollte

- das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum einschließlich der Gesundheitsversorgung für alle EU-Bürgerinnen und -Bürger sicherstellen.
- einen Anspruch auf einen kostenlosen Integrationskurs bei Hilfebedürftigkeit für alle EU-Bürgerinnen und -Bürger schaffen.
- eine bedarfsgerechte und leicht zugängliche Versorgung im Regelsystem ermöglichen und sicherstellen, so dass Kranke, die medizinische Versorgung in Anspruch nehmen, nicht befürchten müssen, abgeschoben zu werden.

Daseinsvorsorge vor Ort sichern

Eine soziale Infrastruktur, die Chancen und Teilhabe in allen Regionen Deutschlands ermöglichen soll, ist nicht zum Nulltarif zu haben. Immer weniger Kommunen sind handlungs- und gestaltungsfähig, gerade dort, wo besondere soziale Problemlagen vorherrschen. Die Lebensverhältnisse in Deutschland entwickeln sich immer weiter regional auseinander.

Die nächste Bundesregierung sollte

- teilhabeorientierte Maßnahmen und Angebote ausreichend und nachhaltig finanzieren.
- die Kommunaleinnahmen auf eine sichere Basis stellen.

- die Steuereinnahmen, die den Kommunen zugute kommen, ausweiten und stabilisieren.
- Kooperationsverbote zwischen den politischen Ebenen als Hindernis eines wirksamen Vorgehens in der sozialen Daseinsvorsorge abbauen.
- Mittel der Länder und des Bundes umverteilen, damit einnahmeschwache Kommunen mit einer hohen Zahl an Leistungsberechtigten ihre Aufgaben besser wahrnehmen können.

Armut europaweit bekämpfen

Die von allen Mitgliedstaaten der EU vereinbarte Strategie Europa 2020 verlangt eine europaweite Armutsreduzierung bis 2020 um 120 Millionen Menschen, die von Armut betroffen sind. Deutschland trägt Verantwortung, sich dafür einzusetzen, dass eine mögliche neue EU-Dekade sich ebenfalls auf die Bewältigung von Armut und die Beseitigung sozialer Ungleichheiten ausrichtet.

Die nächste Bundesregierung sollte

- ein ehrgeiziges und auf bewährten, überprüfbaren und realistischen Indikatoren beruhendes Armutsbekämpfungsziel in der Struktur und Politik auf EU-Ebene verankern.

Kontakt und Information

Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.
Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin

Katja von Damaros
Politische Kommunikation
Vorstandsbereich Sozialpolitik
Telefon +49 (0) 30 652 11-1653
Telefax +49 (0) 30 652 11-3653
katja.vondamaros@diakonie.de

www.diakonie.de